

«SVP hat viermal mehr Geld als SP»

Die Sommerpause geht zu Ende, die heisse Phase des Wahlkampfs beginnt: Politikberater **Mark Balsiger** über den Formstand der Parteien, den möglichen Rücktritt von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und die Frage, ob ein Wahlsieg gekauft werden kann.

Herr Balsiger, die Stimmbürger werden bereits mit Wahlplakaten, Inseraten und Broschüren konfrontiert. Verschiessen die Parteien das Pulver zu früh?

Mark Balsiger: Noch nie hat ein Wahlkampf in der Schweiz so früh angefangen. Man kann von einem Dauerwahlkampf, von einer permanenten Nervosität reden. Früher wurde dreieinhalb Jahre lang politisiert und dann gab es so etwas wie Wahlkampf. Heute ist die Auseinandersetzung immer hart und konfrontativ – so wie in den meisten anderen Ländern auch.

Warum ist das so?

Balsiger: Ein Hauptgrund ist der fehlende inhaltliche Konsens, SP und SVP finden sich bei praktisch keinem Thema mehr. Höchst umstritten ist auch die Zusammensetzung der Landesregierung. Das erhöht zwangsläufig die Nervosität unter den Parteien.

Dieser permanente Wahlkampf langweilt doch das Publikum.

Balsiger: Das glaube ich nicht. Die Schweizer Bevölkerung ist es gewohnt, an der Politik teilzuhaben. Sie weiss, dass es bei den kommenden Wahlen um sehr viel geht.

Es geht alle vier Jahre um viel. Das ist nichts Aussergewöhnliches.

Balsiger: Es geht dieses Mal um besonders viel, weil die Ausgangslage für die künftige Zusammensetzung der Regierung sehr offen ist. Mehrere Parteien haben viel zu verlieren. Niemand will in der Opposition landen, auch die SVP nicht. Und niemand will einen zweiten Sitz im Bundesrat verlieren. Deswegen trommeln auch alle für den 23. Oktober und deklamieren, der Ausgang der Nationalratswahlen hätte einen Einfluss auf die Zusammensetzung des Bundesrats.

Angenommen Sie wären Chefstrategie: Was muss eine Partei in den kommenden Wochen unbedingt berücksichtigen?

Balsiger: Jede Partei muss auf ihr zentrales Thema setzen. Die SVP auf die Ausländerpolitik, die CVP



Bild: Ralph Ribi

Dominanz auf den Plakatwänden: Die SVP hat am meisten Erfahrung mit dem permanenten Wahlkampf.

auf die Familie, die SP muss die soziale Frage thematisieren, Grüne und Grünliberale natürlich den Atomausstieg. Die populärsten Köpfe einer Partei müssen sich zu der jeweiligen Kernkompetenz

Jede Partei muss auf ihr zentrales Thema setzen. Wer sich verzettelt, verliert.

äussern. Wer sich verzettelt, verliert.

Beginnen wir bei der FDP. Jede Botschaft endet mit dem Slogan «Aus Liebe zur Schweiz». Ist das nicht ein bisschen plump?

Balsiger: Die FDP versucht viele inhaltliche Botschaften zu transportieren. Das funktioniert nicht.

Der Partei fehlt eine klare Kernkompetenz. Der Slogan «aus Liebe zur Schweiz» wurde zwar lange belächelt, doch mittlerweile dünkt es mich, dass er wirkt. Er ist bei den Leuten angekommen.

Die CVP setzt mit zwei Volksinitiativen voll auf die Familienpolitik. Richtig?

Balsiger: Absolut. Mit den zwei Volksinitiativen zur Ehepaarbesteuerung und den Kinderabzügen mobilisiert die Partei in erster Linie ihre eigene Basis und die Stammwähler. Diese gilt es bei der Stange zu halten.

Von der SP und den Grünen sieht man noch sehr wenig. Hat die Linke den Start verschlafen?

Balsiger: Es stimmt, die Linke ist auf Plakatwänden und in Inseraten nicht präsent. Das muss sie noch ändern. Doch schlecht

sind die linken Parteien deswegen nicht aufgestellt. Sie müssen die sich bietenden Chancen nutzen.

Konkret?

Balsiger: Ihnen kommen die Themen entgegen, die momentan in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Bei den Grünen ist das natürlich die Energie- und Atomfrage, die weiterhin aktuell ist. Und der SP könnte der Wirtschaftsabschwung nützen, der sich bereits abzeichnet. Fürchten die Menschen um ihre Arbeitsplätze, hat dies tendenziell immer den Sozialdemokraten geholfen. Sie müssen sich jetzt nur noch geschickt verkaufen.

Wäre da ein Rücktritt von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey just vor den Wahlen nicht ein gutes, zusätzliches Hilfsmittel?

Balsiger: Nein. Wenn die SP-Spitze einen guten Draht zu ihrer Bundesrätin hat, wird sie Calmy-Rey davon abraten, noch vor den Wahlen zurückzutreten. Der zweite SP-Sitz im Bundesrat ist sonst in

Die SP sollte Bundesrätin Calmy-Rey von einem Rücktritt vor den Wahlen abraten.

Gefahr. Möglicherweise muss Calmy-Rey im Interesse der Partei noch ein, zwei Jahre anhängen.

Aber ein Rücktritt bringt einer Partei doch Publizität und somit Gratiswerbung?

Balsiger: Grundsätzlich schon. Doch hier geht es um einen welschen Sitz. Das Kandidatenkarus-

sell würde sich um welsche Männer drehen, was in der Deutschschweiz niemanden hinter dem Ofen hervorlockt. Die SP muss in der Deutschschweiz Deutungshoheit zurückgewinnen. Hier fehlt es ihr an Schub. Mit welschen Kandidaten funktioniert das aber nicht.

Die SVP schießt schon seit Wochen aus allen Rohren:

1.-August-Versand in alle Haushalte, Dominanz in Inseraten und auf Plakatwänden.

Balsiger: Das ist so. Die SVP hat am meisten Erfahrung mit dem permanenten Wahlkampf.

Kein Wunder. Sie hat mit Abstand am meisten Geld.

Balsiger: Mit Geld alleine gewinnt man keine Wahlen.

Die flächendeckende Werbung hat doch eine Wirkung, sonst würde die SVP sie ja wohl kaum betreiben.

Balsiger: Klar erzielt das eine Wirkung. Aber im Gegensatz zum Plakat mit den Schäfchen vor vier Jahren ist noch keine breite Diskussion über das neue Sujet der SVP-Kampagne entbrannt. Die SVP-Gegner haben dazugelernt.

Auch die FDP ist mit ihren Plakaten sehr präsent. Haben rechte Parteien einfach viel mehr Geld?

Balsiger: Eindeutig. Untersuchungen von «L'Hebdo» und «Media Focus» zwischen 2007 und 2010 haben gezeigt, dass SVP und FDP mit Abstand am meisten Geld einsetzen konnten. Die SVP viermal mehr als die SP.

Mit unterschiedlichem Erfolg.

Balsiger: Das zeigt, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen Mittelleinsatz und Erfolgsquote gibt.

Interview: Stefan Schmid



Mark Balsiger
Politikberater

Spital Freiburg ohne Geburten

BERN. Das Freiburger Kantons-spital bekommt in der Gynäkologie und Geburtshilfe den Ärztemangel akut zu spüren. Ab Ende August finden dort bis auf weiteres keine Geburten und gynäkologischen Operationen mehr statt. werdende Mütter müssen auf andere Spitäler ausweichen.

Trotz grosser Anstrengungen sei die Nachfolge der beiden austretenden Chefärztinnen der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe noch nicht ganz geregelt, teilte das Freiburger Spital (HFR) gestern mit. Gleichzeitig müssen auch mehrere austretende Oberärzte ersetzt werden. Deshalb habe die Spitaldirektion beschlossen, das medizinische Angebot am Standort Freiburg ab dem 29. August stark einzuschränken, heisst es in der Mitteilung weiter.

Die betroffenen Patientinnen würden ab jenem Zeitpunkt im HFR-Spital in Riaz FR oder in anderen Einrichtungen wie dem Dalerspital in Freiburg betreut. Mit dem Dalerspital hat das Freiburger Kantons-spital eine Vereinbarung für eine Zusammenarbeit getroffen. (sda)

Die Offroader werden kaum behelligt

Der Bund begrenzt den CO₂-Ausstoss von neuen Autos auf 130 Gramm pro Kilometer. Doch von diesem Mittelwert erlaubt er grosse Abweichungen: Schwere Autos dürfen auch künftig mehr, kleine weniger Sprit verbrauchen.

HANSPETER GUGGENBÜHL

BERN. Die CO₂-Emissionen von neuen Personenwagen sind bis Ende 2015 auf durchschnittlich 130 Gramm CO₂/km zu vermindern. So steht es als Grundsatz im revidierten CO₂-Gesetz, welches das Parlament beschlossen hat. 130 Gramm CO₂ entsprechen dem Verbrauch von 5,5 Liter Benzin oder 5,0 Liter Diesel pro hundert Kilometer. Doch von diesem Durchschnittswert gibt es grosse Abweichungen – je nach Gewicht der Fahrzeuge. Das zeigt jetzt die Ausführungsverordnung, die das Bundesamt für Energie (BFE) zur Anhörung vorlegte. Diese beinhaltet im Anhang mathematische Formeln zur Berechnung der Zielvorgabe.

Bonus für grosse Autos

Aus diesen Formeln lässt sich der zulässige CO₂-Ausstoss für die einzelnen Gewichtskategorien ausrechnen und feststellen:

Grosse Autos erhalten einen CO₂-Bonus, Kleinwagen einen Malus. Konkret: Wer mit einem schweren Offroader von A nach B fährt, darf die Umwelt weiterhin mehr belasten als jene, die das mit einem Kleinwagen tun. Das illustrieren zwei Beispiele:

- Grosse Autos mit einem Leergewicht von 2,2 Tonnen dürfen ab 2015 noch 162 Gramm CO₂/km ausstossen, ohne CO₂-Bussen zahlen zu müssen. Das entspricht einem Spritverbrauch von 6,8 Liter, also einem Viertel mehr als der eingangs erwähnte Durchschnittswert. Zur Gewichtskategorie von 2,2 (oder mehr) Tonnen gehören unter anderem vornehme Limousinen von Mercedes bis Lexus oder Geländewagen von Toyota bis Nissan.
- Für kleine Autos mit einem Gewicht von 1,0 bis 1,2 Tonnen gilt ein CO₂-Zielwert von 108 bis 116 Gramm CO₂/km oder ein Spritverbrauch von 4,5 bis 5 Li-

ter/100 km. In diese Kategorie fallen Kleinwagen vom Smart über Fiat bis zum VW Polo.

EU-konformer Ausgleich

Bei dieser Differenzierung der CO₂-Zielwerte gehe es um einen Lastenausgleich zwischen Her-



Bild: ky/Gaetan Bally

Abgase beim Auto.

stellern respektive Importeuren von grossen und von kleinen Fahrzeugen, begründet auf Anfrage BFE-Sektionschef Thomas Volken. Die Berechnung der Zielwerte in der Verordnung entspreche den EU-Vorschriften und stütze sich auf Artikel 11e des revidierten CO₂-Gesetzes: «Der Bundesrat legt die Berechnungsgrundlagen für die Zielvorgabe fest und berücksichtigt dabei insbesondere: a) die Eigenschaften der Personenwagenflotte der Importeure oder Hersteller wie Gewicht, Standfläche oder Ökoinnovationen; b) die Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft.»

Tatsächlich sehen auch die Vorschriften der EU nach Gewicht differenzierte CO₂-Zielwerte vor. Denn ohne diese Differenzierung hätten sich vor allem die Deutschen, die grosse Autos produzieren, den neuen EU-Vorschriften widersetzt. Rechtlich lässt sich damit die Schweizer Ausführungs-

verordnung kaum anfechten. Politisch war das Bonus-Malus-System für Gross- und Kleinautos in der Schweiz bisher kein Thema, weil es offensichtlich unerkant blieb. So genehmigte das Parlament den betreffenden Artikel 11e im revidierten CO₂-Gesetz diskussionslos. «Die Politiker haben diese Regelung nicht begriffen», mutmasszt dazu ein Vertreter der Automobilwirtschaft.

Nichts gemerkt

Dasselbe gilt offenbar für die Jungen Grünen: Während sie mit ihrer Anti-Offroader-Initiative schwere Spritsäufer ganz verbieten wollten, haben sie gegen den CO₂-Bonus für grosse Autos bisher nicht protestiert. Ihr Protest betraf bisher lediglich die Verspätung bei der Inkraftsetzung der Verordnung. Darauf angesprochen erklärte Aline Trede von den Grünen: «Wir müssen jetzt die Verordnung genau anschauen.»